

N° 1253.

ALLEMAGNE ET AUTRICHE

Traité concernant la navigation
aérienne, avec protocole addition-
nel. Signé à Vienne, le 19 mai 1925.

GERMANY AND AUSTRIA

Treaty concerning Aerial Navigation
with Additional Protocol. Signed
at Vienna, May 19, 1925.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 1253. — VERTRAG¹ ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH
ÜBER DEN LUFTVERKEHR, GEZEICHNET IN WIEN, AM
19. MAI 1925.

*Texte officiel allemand communiqué par le
consul général d'Allemagne à Genève². L'en-
registrement de ce traité a eu lieu le 3 août
1926.*

*German official text communicated by the German
Consul-General at Geneva². The registration
of this Treaty took place August 3, 1926.*

DAS DEUTSCHE REICH UND DIE REPUBLIK ÖSTERREICH haben, von dem gleichen Wunsche geleitet, die Entwicklung des Luftverkehrs zu fördern, beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt :

DER PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN REICHS :

Den Herrn Doktor Maximilian PFEIFFER, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Wien,

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH :

Den Herrn Doktor Heinrich MATAJA, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten haben, nachdem sie ihre Vollmachten mitgeteilt und diese als richtig befunden haben, folgendes vereinbart :

Artikel 1.

Jeder Vertragsstaat gewährt in Friedenszeiten Luftfahrzeugen des anderen Vertragsstaats, die in diesem vorschriftsmässig zugelassen sind, bei Beachtung der in diesem Vertrag enthaltenen Vorschriften das Recht zum unschädlichen Luftverkehr in seinem Hoheitsgebiete.

Artikel 2.

Die Vorschriften dieses Vertrages gelten für den Freiballonverkehr nur, soweit nach dessen Eigenart ihre Beachtung möglich ist.

Als Luftfahrzeuge im Sinne dieses Vertrages gelten nur Privatluftfahrzeuge.

Artikel 3.

Die Grenze zwischen den Vertragsstaaten darf nur zwischen den im gemeinsamen Einverständnis zu bestimmenden Punkten überfliegen werden.

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 25 septembre 1925.

² Vol. II, page 60 (renvoi), de ce recueil.

¹ The exchange of ratifications took place at Berlin, September 25, 1925.

² Vol. II, page 60 (foot-note), of this Series.

Artikel 4.

Beide Vertragsstaaten können den Luftverkehr über gewissen Teilen ihres Gebietes verbieten. Die Gebietsteile, über denen der Luftverkehr demgemäss verboten ist, sind dem anderen Vertragsstaate mitzuteilen.

Artikel 5.

Jedes Luftfahrzeug, das über ein verbotenes Gebiet gerät, hat das durch die Luftverkehrsverordnung des überflogenen Staates vorgeschriebene Notzeichen zu geben und unverzüglich auf einem ausserhalb des verbotenen Gebiets gelegenen Flughafen dieses Staates zu landen.

Artikel 6.

Dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehende Flughäfen sind den Luftfahrzeugen beider Staaten zugänglich.

Ein- und Ausflug nach und von einem der beiden Vertragsstaaten dürfen nur nach und von einem dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehenden Flughafen, der Gelegenheit zur Zoll- und Passabfertigung bietet, und zwar ohne Zwischenlandung zwischen Grenze und Flughafen, erfolgen. Im Einzelfalle kann mit behördlicher Genehmigung Ein- und Ausflug auch nach und von anderen Plätzen erfolgen, die Gelegenheit zur Zoll- und Passabfertigung bieten; das Verbot von Zwischenlandungen gilt auch hier. Findet eine Notlandung im Abfluglande nach der Zoll- und Passabfertigung oder im Einfluglande vor der Zoll- und Passabfertigung statt, so ist unverzüglich die nächstgelegene Zoll-, Polizei- oder Ortsbehörde zu benachrichtigen; bis zur weiteren Weisung der benachrichtigten Stelle müssen Besatzung und Fluggäste beim Luftfahrzeuge verbleiben und dürfen Bestand- und Zubehörteile des Luftfahrzeuges sowie seine Ladung nicht entfernt werden; für die Durchführung dieser Vorschriften ist der Führer des Luftfahrzeuges verantwortlich.

Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen ein Verzeichnis der zur Zeit dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehenden Flughäfen mit, aus dem zugleich ersichtlich ist, wo sich Gelegenheit zur Zoll- und Passabfertigung bietet. Jede Veränderung in diesem Verzeichnis und jede auch nur vorübergehende Einschränkung der Benutzungsmöglichkeit eines dieser Flughäfen ist dem anderen Vertragsstaat unverzüglich anzuzeigen.

Artikel 7.

Luftfahrzeuge müssen deutliche und sichtbare Abzeichen haben, die ihre Feststellung während des Fluges ermöglichen.

Luftfahrzeuge müssen mit den im Heimatstaat für den Luftverkehr vorgeschriebenen Ausweisen und sonstigen Urkunden versehen sein.

Die Mitglieder der Besatzung — das sind alle im Luftfahrzeuge befindlichen Personen ausser den Fluggästen — müssen, soweit sie eine im Heimatstaate von besonderer Erlaubnis abhängige Tätigkeit im Luftfahrzeug ausüben, mit den im Heimatstaate für den Luftverkehr vorgeschriebenen Ausweisen versehen sein; sonstige Mitglieder der Besatzung müssen mit Ausweisen versehen sein, die ihre Identität und ihre Staatsangehörigkeit dartun.

Die den Luftfahrzeugen und der Besatzung in einem Vertragsstaate für den Luftverkehr ausgestellt oder anerkannten Ausweise haben im anderen Vertragsstaate dieselbe Gültigkeit wie die von diesem ausgestellten oder anerkannten entsprechenden Ausweise.

Jeder Vertragsstaat behält sich das Recht vor, für den Luftverkehr innerhalb seines Gebiets den an seine Staatsangehörigen vom anderen Vertragsstaat erteilten Fähigkeitsausweisen die Anerkennung zu versagen.

Artikel 8.

Besatzung und Fluggäste müssen, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 7, mit ordnungsmässig ausgestatteten und vidierten Reisepässen, sowie überhaupt mit den Ausweisen versehen sein, die nach den im zwischenstaatlichen Übergangsverkehr geltenden allgemeinen Bestimmungen verlangt werden, soweit nicht durch sonstige Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten etwas anderes bestimmt wird.

Artikel 9.

Luftfahrzeuge des einen Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiete des anderen Vertragsstaats nur insoweit mit Gerät zur drahtlosen Nachrichtenübermittlung versehen sein und dieses Gerät benutzen, wie dies in beiden Vertragsstaaten gestattet ist. Solches Gerät darf nur von Mitgliedern der Besatzung bedient werden, die eine besondere Erlaubnis des Heimatstaats dazu mit sich führen.

Artikel 10.

Luftfahrzeuge, ihre Besatzungen und Fluggäste dürfen Waffen, Schiessbedarf, zur Kriegsführung bestimmte Giftstoffe oder Sprengstoffe weder befördern noch sonst mit sich führen, Brieftauben sowie Lichtbildgerät nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörde desjenigen Staates, in dessen Luftgebiet sich das Fahrzeug befindet.

Artikel 11.

Luftfahrzeuge, die Fluggäste oder Sachen mit sich führen, müssen mit einem namentlichen Verzeichnis der Fluggäste, einem Verzeichnis über Art und Menge der Sachen sowie den erforderlichen Zollerklärungen versehen sein.

Ergibt sich bei der Ankunft eines Luftfahrzeuges eine Unstimmigkeit zwischen Ladungsverzeichnis und mitgeführten Sachen, so kann die Zollbehörde des Ankunfts Hafens sich mit der zuständigen Zollbehörde des anderen Vertragsstaats unmittelbar in Verbindung setzen.

Artikel 12.

Die Mitnahme von Post in Luftfahrzeugen wird durch besondere Abmachungen unmittelbar zwischen den Postverwaltungen der beiden Vertragsstaaten geregelt werden.

Artikel 13.

Jeder Vertragsstaat kann in seinem Gebiete die Luftfahrzeuge des anderen Staates in allen Fällen bei Abflug und Landung behördlich untersuchen und die vorgeschriebenen Ausweise und sonstigen Urkunden prüfen.

Artikel 14.

Die gewerbsmässige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge nach dem Gebiet des Staates, dem das Luftfahrzeug nicht angehört, aus diesem Gebiet, innerhalb desselben oder über dieses Gebiet hinweg ist von einer besonderen, den Luftfahrunternehmen von der zuständigen Behörde dieses Staates erteilten Genehmigung abhängig.

Artikel 15.

Als Ballast darf nur feiner Sand und Wasser abgeworfen werden.

Artikel 16.

Andere Sachen als Ballast dürfen unterwegs nur abgeworfen oder sonst entfernt werden, wenn der Staat, in dessen Hoheitsgebiet die Handlung vorgenommen wird, eine besondere Erlaubnis dazu erteilt hat.

Artikel 17.

Beide Vertragsstaaten werden sich gegenseitig alle für den Luftverkehr in ihrem Hoheitsgebiete massgebenden Vorschriften mitteilen.

Artikel 18.

Die Vertragsstaaten sind darüber einig, dass Luftfahrunternehmen und Luftfahrzeuge des einen Vertragsstaats sowie deren Besatzungen und Fluggäste im Hoheitsgebiete des anderen Staates den dort geltenden Vorschriften über den Luftverkehr sowie den allgemeinen gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften des anderen Staates unterliegen, soweit sich nicht aus diesem Verträge etwas anderes ergibt.

Artikel 19.

Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag zu jedem Zeitpunkt mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Jedoch behält sich jeder Vertragsstaat das Recht vor, unter aussergewöhnlichen Umständen den Luftverkehr über seinem Gebiete mit sofortiger Wirkung einzuschränken oder ganz oder teilweise zu verbieten.

Artikel 20.

Der gegenwärtige Vertrag soll möglichst bald ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt am zehnten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zur Urkund dessen haben die Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Wien, in doppelter Ausfertigung am 19. Mai 1925.

(Siegel) Dr. PFEIFFER.

(Siegel) Dr. MATAJA.

ZUSATZPROTOKOLL

Bei Unterfertigung des am heutigen Tage zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich abgeschlossenen Vertrags über den Luftverkehr haben die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten ihrer Regierungen, folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben :

1. Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten sehen bis auf weiteres von einer Festsetzung von Grenzabschnitten im Sinne des Artikel 3, auf denen die Grenze zu überfliegen ist, ab, behalten sich aber vor, aus Gründen des öffentlichen Interesses solche Grenzabschnitte durch Abmachungen unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten im gemeinsamen Einverständnis festzusetzen.

2. Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten behalten sich vor, aus Sicherheitsgründen Vereinbarungen über pflichtmässige Ausstattung von Luftfahrzeugen mit Gerät zur drahtlosen Nachrichtenübermittlung zu treffen.

3. Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten behalten sich vor, die Bestimmung im Artikel 14 des Vertrags durch Abmachungen unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten derart zu ändern, dass Luftfahrunternehmen, die im Heimatstaate vorschriftsmässig zum Luftverkehr zugelassen sind, unter bestimmten Voraussetzungen die in diesem Artikel erwähnte Beförderung von Personen oder Sachen auch ohne die daselbst vorgeschriebene besondere Genehmigung gestattet sein wird.

Dieses doppelt ausgefertigte Zusatzprotokoll bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags und tritt gleichzeitig mit diesem in Kraft.

So geschehen zu Wien, am 19. Mai 1925.

Dr. PFEIFFER.

Dr. MATAJA.

¹ TRADUCTION.

N^o 1253. — TRAITÉ ENTRE L'ALLEMAGNE ET L'AUTRICHE CONCERNANT LA NAVIGATION AÉRIENNE. SIGNÉ A VIENNE, LE 19 MAI 1925.

LE REICH ALLEMAND et LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE, animés du même désir de favoriser le développement de la navigation aérienne, ont décidé à cet effet de conclure un traité et ont désigné comme plénipotentiaires :

LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND :

Le Dr Maximilian PFEIFFER, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Vienne ;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE :

Le Dr Heinrich MATAJA, ministre des Affaires étrangères de la Confédération autrichienne.

Les plénipotentiaires, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 1253. — TREATY BETWEEN GERMANY AND AUSTRIA CONCERNING AERIAL NAVIGATION. SIGNED AT VIENNA, MAY 19, 1925.

THE GERMAN REICH and THE AUSTRIAN REPUBLIC, being equally desirous of encouraging the development of air navigation, have resolved for this purpose to conclude a Treaty and have appointed as their Plenipotentiaries :

THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH :

Dr. Maximilian PFEIFFER, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Vienna ;

THE FEDERAL PRESIDENT OF THE AUSTRIAN REPUBLIC :

Dr. Heinrich MATAJA, Federal Minister for Foreign Affairs.

The Plenipotentiaries, after communicating their full powers found in good and due form, have agreed upon the following provisions :

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

Article premier.

Chacun des Etats contractants accorde, en temps de paix, aux aéronefs de l'autre Etat contractant, régulièrement admis dans ledit Etat, le droit de circulation aérienne inoffensive dans le territoire relevant de sa souveraineté, à condition qu'ils observent les prescriptions du présent traité.

Article 2.

Les dispositions du présent traité ne s'étendent à la navigation en ballon libre qu'autant que la nature de celle-ci permet de les observer.

Les aéronefs visés dans le présent traité sont uniquement les aéronefs privés.

Article 3.

Les frontières qui séparent les Etats contractants ne pourront être franchies qu'entre les points qui seront fixés d'un commun accord.

Article 4.

Les deux Etats contractants pourront interdire le vol au-dessus de certaines parties de leur territoire. Les régions qu'il est interdit de survoler seront portées à la connaissance de l'autre Etat contractant.

Article 5.

Tout aéronef qui se trouve accidentellement au-dessus d'une zone interdite sera tenu de donner le signal de détresse prévu dans le règlement sur la navigation aérienne de l'Etat survolé et d'atterrir sans délai sur l'un des aérodromes dudit Etat situés en dehors de la zone interdite.

Article 6.

Les aéronefs des deux Etats pourront utiliser les aérodromes ouverts à l'usage public.

Le départ et l'atterrissage à destination et en provenance de l'un des deux Etats contractants ne pourront avoir lieu que sur un aérodrome ouvert à l'usage public et permettant

Article 1.

Each Contracting State undertakes in time of peace to accord to aircraft of the other Contracting State duly registered in that State freedom of innocent passage above its territory, provided that the regulations set forth in the present Treaty are observed.

Article 2.

The provisions of the present Treaty shall only apply to balloon navigation so far as its special nature permits their observance.

The term aircraft within the meaning of the present Treaty shall only apply to private aircraft.

Article 3.

The frontier between the two Contracting States may only be crossed between certain specified points to be fixed by mutual agreement.

Article 4.

Both Contracting States may prohibit flight over certain areas of their territory. The areas over which aviation is accordingly prohibited shall be notified to the other Contracting State.

Article 5.

Any aircraft which finds itself over a prohibited area shall at once give the signal of distress provided in the Air Traffic Regulations of the State flown over, and shall forthwith land outside the prohibited area at one of the aerodromes of that State.

Article 6.

Aerodromes available for public air traffic may be used by the aircraft of both States.

Flights to and from either of the two Contracting States may only be made to and from an aerodrome available for public air traffic with facilities for Customs and passport

l'accomplissement des formalités de douane et de passeports ; le vol ne doit comporter aucun atterrissage intermédiaire entre la frontière et l'aérodrome. Dans des cas exceptionnels, le départ et l'atterrissage pourront, avec l'assentiment des autorités, s'effectuer également sur d'autres terrains permettant l'accomplissement des formalités de douane et de passeports ; l'interdiction relative aux atterrissages intermédiaires reste, dans ce cas, applicable. Si l'aéronef est contraint d'atterrir, dans le pays d'origine, après l'accomplissement des formalités de douane et de passeports ou, dans le pays de destination, avant l'accomplissement des formalités de douane et de passeport, les autorités douanières, policières ou locales les plus proches devront être immédiatement avisées ; jusqu'à nouvel ordre des autorités avisées, l'équipage et les passagers devront rester auprès de l'aéronef ; aucune pièce ou accessoire de l'aéronef ni aucune partie de sa cargaison ne devra être enlevée ; le pilote de l'aéronef sera responsable de l'observation desdites dispositions.

Chacun des Etats contractants communiquera à l'autre une liste des aérodromes ouverts à l'usage public ; la liste indiquera également les terrains sur lesquels les formalités de douane et de passeports peuvent être accomplies. Toute modification apportée à ladite liste, ainsi que toute restriction imposée, même temporairement, à l'utilisation d'un de ces aérodromes, devra être signalée sans retard à l'autre Etat contractant.

Article 7.

Les aéronefs devront porter des marques distinctes et visibles, permettant de les identifier en cours de vol.

Les aéronefs devront être munis des certificats et autres pièces prescrits pour la navigation aérienne dans leur pays d'origine.

Les membres de l'équipage, c'est-à-dire toutes les personnes qui se trouvent dans l'aéronef en dehors des passagers, devront, s'ils remplissent dans l'aéronef des fonctions subordonnées à une autorisation spéciale dans l'Etat d'origine, être munis des certificats prescrits dans cet Etat pour la navigation aérienne ; les autres membres de l'équipage devront être pourvus de pièces justifiant leur identité et leur nationalité.

Les certificats délivrés ou reconnus dans l'un des Etats contractants pour les aéronefs et leurs équipages auront, dans l'autre Etat con-

examination, and no intermediate landing may be made between the frontier and the aerodrome. In individual cases official permission may be given for flights to and from other landing grounds provided there are facilities for Customs and passport examination, but intermediate landing is prohibited in these cases also. If a forced landing is made in the country of departure subsequent to Customs and passport examination, or in the country of destination prior to Customs and passport examination, the nearest Customs, police or local authority must at once be informed. Until further instructions are received from the authority notified, the crew and passengers must remain with the aircraft and no parts or accessories of the aircraft nor its cargo may be removed ; the pilot of the aircraft is responsible for the observance of these regulations.

Each Contracting State shall communicate to the other a list of aerodromes at the time available for public air traffic indicating where there are facilities for Customs and passport examination. Any change in this list and any restrictions on the use of one of these aerodromes, even if only temporary, must immediately be notified to the other Contracting State.

Article 7.

Aircraft must carry distinctive and visible marks allowing them to be identified in flight.

Aircraft must be provided with the passes and other papers prescribed for air navigation in their own country.

The members of the crew, viz., all persons in the aircraft except the passengers, must, if they are performing duties in the aircraft requiring a special permit from their own State, be provided with the passes prescribed for air navigation in their own country ; other members of the crew must be provided with documents establishing their identity and nationality.

The passes issued or recognised for aircraft and their crews by one Contracting State shall have the same validity in the other Contracting

tractant, la même validité que les certificats correspondants délivrés ou reconnus par ledit Etat.

Chacun de Etats contractants se réserve le droit de refuser de reconnaître, pour la navigation aérienne à l'intérieur de son territoire, les certificats de capacité délivrés à ses ressortissants par l'autre Etat contractant.

Article 8.

L'équipage et les passagers devront, sans préjudice des prescriptions de l'article 7, être munis de passeports régulièrement délivrés et visés, ainsi que des pièces requises par les dispositions générales applicables au passage des frontières entre les deux Etats, à moins qu'un régime différent n'ait été institué par d'autres arrangements entre les Etats contractants.

Article 9.

Les aéronefs de l'un des Etats contractants ne pourront, à l'intérieur des frontières de l'autre Etat contractant, porter et utiliser un appareil de T. S. F. que dans la mesure où les dispositions en vigueur dans les deux Etats contractants l'y autorisent. L'appareil de T. S. F. ne pourra être manœuvré que par des membres de l'équipage porteurs d'une autorisation spéciale de l'Etat d'origine.

Article 10.

Il est interdit aux aéronefs, à leur équipage et à leurs passagers de transporter, comme cargaison ou autrement, des armes, munitions, produits toxiques ou explosifs destinés à la guerre ; les pigeons voyageurs et les appareils photographiques ne pourront être emportés qu'avec une autorisation de l'autorité compétente de l'Etat dans le domaine aérien duquel se trouve l'aéronef.

Article 11.

Les aéronefs qui transportent des passagers ou des marchandises devront être munis d'une liste nominative des passagers, d'une liste indiquant la nature et la quantité des marchandises, ainsi que les déclarations de douane requises.

State as the corresponding passes issued or recognised by that State.

Each Contracting State reserves the right to refuse to recognise the flying certificates issued to its nationals by the other Contracting State for air navigation within its own territory.

Article 8.

Members of the crew and passengers must, irrespective of the provisions of Article 7, be provided with duly issued and visé travellers' passports and with all documents required by the general regulations in force in international traffic, except where otherwise provided by agreements between the Contracting States.

Article 9.

The aircraft of one of the Contracting States may only carry and use wireless apparatus over the territory of the other Contracting State subject to the laws and regulations in force in both Contracting States. Such apparatus may only be used by members of the crew provided with a special licence issued by the State to which the aircraft belongs.

Article 10.

Aircraft and their crews and passengers may not carry as cargo or in any other capacity arms, ammunition, and poisonous gases or explosives intended for use in war. Carrier pigeons and photographic apparatus may only be carried with the permission of the competent authority of the State in the air territory of which the aircraft is situated.

Article 11.

Aircraft carrying passengers or goods must be provided with a nominal list of the passengers and a manifest showing the nature and quantity of the goods as well as the requisite Customs declarations.

Si l'on constate, à l'arrivée d'un aéronef, qu'il n'y a pas concordance entre le manifeste de chargement et les marchandises transportées, les autorités douanières de l'aérodrome d'arrivée pourront se mettre directement en rapport avec les autorités douanières compétentes de l'autre Etat contractant.

Article 12.

Le transport de correspondance et autres envois postaux par aéronef, sera réglé par des arrangements spéciaux, conclus directement entre les administrations postales des deux Etats contractants.

Article 13.

Chacun des Etats contractants pourra, sur son territoire, procéder dans tous les cas à la visite officielle, au départ et à l'atterrissage, des aéronefs de l'autre Etat et vérifier les certificats et autres pièces prescrites.

Article 14.

Le transport commercial de personnes et de marchandises par aéronef à destination du territoire de l'Etat auquel n'appartient pas l'aéronef, en provenance dudit territoire, à l'intérieur de ce territoire, ou en transit au-dessus de ce territoire, est subordonné à une autorisation particulière, délivrée par les autorités compétentes dudit Etat aux entreprises, de navigation aérienne.

Article 15.

Il est interdit de lancer d'un aéronef d'autre lest que du sable fin ou de l'eau.

Article 16.

Il est interdit de jeter ou de décharger, en cours de route, autre chose que du lest, sauf autorisation spéciale accordée à cet effet par l'Etat sur le territoire duquel a lieu ledit déchargement ou jet.

If on the arrival of the aircraft there is a discrepancy between the manifest and the goods carried, the Customs authority at the place of landing may communicate direct with the competent Customs authority of the other Contracting State.

Article 12.

The carriage of mails shall be regulated by special agreements concluded direct between the postal administrations of the two Contracting States.

Article 13.

Each Contracting State shall have the right officially to examine the aircraft of the other State in all cases of departure from and arrival in its own territory and verify the prescribed passes and other papers.

Article 14.

The commercial transport of persons or goods by aircraft into the territory of the State to which the aircraft does not belong or out of, within or over this territory, shall be dependent upon a special permit issued to the air navigation company by the competent authority of that State.

Article 15.

No ballast, other than fine sand or water, may be dropped from an aircraft.

Article 16.

Any other substance than ballast may only be dropped or otherwise removed in flight, if special permission has been obtained from the State on whose territory this act is to take place.

Article 17.

Les deux Etats contractants se communiqueront réciproquement tous les règlements applicables sur leur territoire à la navigation aérienne.

Article 18.

Les deux Etats contractants conviennent que les entreprises de navigation aérienne et les aéronefs de l'un des deux Etats, ainsi que leurs équipages et passagers, seront, sur le territoire de l'autre Etat, soumis aux règlements relatifs à la navigation aérienne qui y sont en vigueur, ainsi qu'à toutes les lois et autres règlements de l'autre Etat, sauf disposition contraire du présent traité.

Article 19.

Chaque Partie contractante pourra dénoncer le présent traité en tout temps, moyennant préavis de trois mois. Toutefois, chaque Partie contractante se réserve le droit, en cas de circonstances exceptionnelles, de prendre des mesures, dont l'effet sera immédiat, pour restreindre la circulation aérienne au-dessus de son territoire, ou l'interdire entièrement ou en partie.

Article 20.

Le présent traité devra être ratifié dans le plus bref délai possible. Les instruments de ratification seront échangés à Berlin. Le traité entrera en vigueur le dixième jour après l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi les soussignés ont apposé au présent traité leur signature et leur sceau.

Fait à Vienne, en double expédition, le 19 mai 1925.

(L. S.) D^r PFEIFFER.

(L. S.) D^r MATAJA.

Article 17.

Each Contracting State shall notify the other of all laws and regulations governing air navigation in its territory.

Article 18.

The Contracting States agree that air navigation companies and aircraft belonging to one of the Contracting States, and their crews and passengers, shall, while in the territory of the other State, be subject to the regulations in force regarding air traffic and to the general legal or other regulations of that State, in so far as the present Treaty does not provide otherwise.

Article 19.

Each of the Contracting States may denounce the present Treaty at any time by giving three months' notice. Nevertheless, each Contracting State reserves the right, in exceptional circumstances, to restrict or wholly or partly prohibit air navigation over its territory, and such restriction or prohibition shall take immediate effect.

Article 20.

The present Treaty shall be ratified as soon as possible. The instruments of ratification shall be exchanged at Berlin. The Treaty shall come into force on the tenth day following the exchange of the instruments of ratification.

In witness whereof the undersigned have signed the present Treaty and have thereto affixed their seals.

Done at Vienna in duplicate on May 19, 1925.

PROTOCOLE ADDITIONNEL

A l'occasion de la signature du traité conclu ce jour entre le Reich allemand et la République d'Autriche au sujet de la navigation aérienne, les soussignés, munis des pleins pouvoirs de leurs gouvernements, ont fait les déclarations concordantes suivantes :

1^o Les gouvernements des deux Etats contractants s'abstiennent, pour le moment, de fixer les sections de frontière, visées par l'article 3, au-dessus desquelles la frontière doit être franchie ; mais ils se réservent de fixer d'un commun accord, pour des raisons d'intérêt public, ces sections de frontière par voie d'entente directe entre les autorités compétentes des deux Etats.

2^o Les gouvernements des deux Etats contractants se réservent de conclure, pour des raisons de sécurité, des arrangements concernant l'obligation, pour les aéronefs, d'être pourvus d'appareils de T. S. F.

3^o Les gouvernements des deux Etats contractants se réservent le droit de modifier, par arrangement conclu directement entre les autorités compétentes des deux Etats, les dispositions de l'article 14 du traité, et de stipuler que les entreprises de navigation aérienne, régulièrement autorisées, dans leur pays d'origine, à effectuer des transports aériens, pourront, dans des conditions déterminées, effectuer le transport des personnes et des marchandises prévu à cet article sans qu'il leur soit nécessaire d'obtenir l'autorisation spéciale prescrite par le même article.

Le présent protocole additionnel, établi en double expédition, formera partie intégrante du traité, et entrera en vigueur en même temps que lui.

Fait à Vienne, le 19 mai 1925.

D^r PFEIFFER.

D^r MATAJA.

ADDITIONAL PROTOCOL.

When signing the Treaty concluded this day between the German Reich and the Austrian Republic relating to air navigation, the undersigned, being duly authorised by their Governments, have made the following concordant statements :

(1) The Governments of the two Contracting States shall, until further notice, refrain from fixing the points between which the frontier may be crossed in accordance with Article 3. They shall, however, reserve the right for reasons of public interest to establish these points by mutual and direct agreement between the competent authorities of the two States.

(2) The Governments of the two Contracting States reserve the right, in the interests of security, to conclude agreements for the compulsory fitting of aircraft with apparatus for wireless transmission.

(3) The Governments of the two Contracting States reserve the right by direct agreements between the competent authorities of the two States, to modify the provisions of Article 14 of the Treaty in such a way that air navigation companies duly authorised in their own country to conduct air navigation may, under certain specified conditions, effect the transport of persons or goods mentioned in that Article without the special authorisation prescribed therein.

The present Additional Protocol, which is done in duplicate, shall form an integral part of the Treaty and shall enter into force at the same time.

Done at Vienna, May 19, 1925.